

Green Growth, Green Economy und Green New Deal. Die „Vergrünung“ nationaler Politik in Südkorea

David Shim

Um die globale Wirtschaftskrise zu bewältigen, haben Anfang dieses Jahres zahlreiche Regierungen umfangreiche Konjunkturprogramme beschlossen. Ein Teil dieser Wirtschaftshilfen ist für umweltverträgliche Initiativen und Programme vorgesehen. Laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) werden zwei Drittel dieser „grünen“ Konjunkturpakete im asiatisch-pazifischen Raum ausgegeben (UNEP 2009). Mit einem „grünen“ Anteil von etwa 80 Prozent an den gesamten Staatshilfen steht Südkorea weltweit an der Spitze.

Analyse

Während die klimapolitischen Ziele der südkoreanischen Regierung wie die freiwillige Senkung von Treibhausgasemissionen aner kennenswert sind, erscheint die „grüne“ Wachstumsstrategie als ein zweischneidiges Schwert. Denn das Gros der Einsparungen soll vor allem durch den massiven Ausbau der Nuklearenergie erreicht werden.

- Das „grüne“ Wachstum soll das Entwicklungsparadigma Koreas für die kommenden Jahrzehnte werden.
- Mit der Ausrichtung der heimischen Wirtschaft auf das neue Konzept hofft man, eine globale Führungsrolle übernehmen zu können.
- Für ein umweltverträgliches Wachstum soll verstärkt in „grüne“ Technologien investiert werden. Regenerative Energien spielen dabei eine nebensächliche Rolle. Stattdessen soll die Atomenergie massiv gefördert werden. Fragen zur Endlagerung von Atommüll oder der Betriebssicherheit von Kernkraftwerken bleiben vorerst unbeantwortet.
- Forderungen nach dem Aufbau von Wiederaufarbeitungskapazitäten für nukleares Material sind politisch heikel.

Schlagwörter: „Grünes“ Wachstum, Green New Deal, Südkorea, Atomenergie

1. Einleitung

Um die globale Wirtschaftskrise zu bewältigen, haben Anfang dieses Jahres zahlreiche Regierungen umfangreiche Konjunkturprogramme beschlossen.¹ Allein die OECD-Staaten geben über 1.300 Mrd. USD aus, um ihre Ökonomien anzukurbeln. Ein Teil dieser Wirtschaftshilfen ist für umweltverträgliche Initiativen und Programme vorgesehen. Laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) werden zwei Drittel dieser „grünen“ Konjunkturpakete im asiatisch-pazifischen Raum ausgegeben (UNEP 2009). Mit einem „grünen“ Anteil von etwa 80 Prozent an den gesamten Staatshilfen steht Südkorea weltweit an der Spitze. Es scheint, dass nicht zuletzt durch die globale Debatte über den Klimawandel, aber auch aufgrund der Weltwirtschaftskrise ein globaler Trend entstanden ist, wirtschaftliche Entwicklung zu „vergrünen“, d.h. umweltgerechter zu gestalten. Wie eine klimaverträgliche Wachstumspolitik angelegt sein kann, soll am Beispiel Südkoreas gezeigt werden. Das Land hat „grünes“ Wachstum zum zentralen Entwicklungsparadigma der nächsten Jahrzehnte auserkoren.

2. „Low Carbon Green Growth“

Am 15. August 2008, anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der Republik Korea (hiernach: Südkorea oder Korea), verkündete Präsident Lee Myung-bak seine Vision des neuen nationalen Wachstumsmodells: Das Programm „Low Carbon Green Growth“ sollte einen fundamentalen Wandel im Entwicklungspfad Südkoreas ankündigen, welcher bisher auf der Nutzung fossiler Energieträger wie Öl oder Erdgas beruhte. Lees „grüne“ Wachstumsstrategie sieht eine Reduzierung bzw. effizientere Nutzung des nationalen Energieverbrauchs vor und beabsichtigt, umwelt-, wachstums- und energiepolitische Ziele miteinander zu verknüpfen (Government of the Republic of Korea 2009, PCGG 2009).

Anfang dieses Jahres beschloss die südkoreanische Regierung ein „grünes“ Konjunkturprogramm im Höhe von 38,1 Mrd. USD, um der schwächelnden Wirtschaft aus der Rezession zu helfen. Dieses als „Green New Deal“ bezeichnete und zunächst bis zum Jahr 2012 laufende

Konjunkturpaket umfasst fiskal- und finanzpolitische Instrumente wie Steuersenkungen für Privathaushalte und Unternehmen sowie Investitionen in den (Aus-)Bau von energieeffizienten Gebäuden oder des nationalen Schienennetzes. Das Kernprojekt des „Green New Deal“ ist die Renaturierung der vier großen Flüsse des Landes. Dieses 17,3 Mrd. USD umfassende Infrastrukturprogramm zielt unter anderem darauf ab, die Wasserknappheit zu verringern, Überschwemmungen vorzubeugen und Mehrzweckflächen für die Bevölkerung zu schaffen. Etwa 80 Prozent des „Green New Deal“ sind für umweltverträgliche Maßnahmen vorgesehen. Dies ist der höchste Anteil im Vergleich zu anderen Konjunkturpaketen der G-20-Staaten (*Financial Times Deutschland*, 19.04.09).

Ein halbes Jahr später wurde ein noch umfangreicheres Konzept vorgestellt. Dieser sogenannte Fünf-Jahres-Plan für die Umsetzung von Südkoreas „grüner“ Wachstumsstrategie integriert und erweitert den im Januar vorgestellten „Green New Deal“ um weitere Projekte und Maßnahmen und soll bis zum Jahr 2013 die Grundlagen für das neue Entwicklungsmodell schaffen. Das Gesamtvolumen beträgt 83,6 Mrd. USD und sieht beispielsweise die Förderung von „grünen“ Technologien und die Schaffung von 1,8 Mio. neuer Jobs vor. Bis zum Jahr 2020 soll Korea zu einer der sieben führenden „grünen“ Wirtschaftsmächte gehören. Im Rahmen dieses Fünf-Jahres-Plans sollen jedes Jahr zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in ausgewählte Bereiche wie Klimaschutz, Energieversorgung, Transport und Dienstleistungen investiert werden, um zukünftige Wachstumsmotoren zu fördern.

Im August veröffentlichte das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP 2009) einen Bericht zu Südkoreas „grüner“ Wachstumsinitiative, welcher die bisherigen Anstrengungen Seouls lobte. Vor allem das internationale Engagement und eine Vorreiterrolle Südkoreas in den globalen Bemühungen um nachhaltige Entwicklung wurden hervorgehoben. Außerdem sei Korea das erste Land, welches „grünes“ Wachstum in das nationale Entwicklungskonzept aufnehme.

Auch juristisch sollen die Grundlagen für eine „grüne“ Entwicklung gelegt werden. Die Regierung hat eine Vorlage für ein Rahmengesetz formuliert, welches „grünes“ Wachstum rechtlich kodifizieren soll. Vorbehaltlich der Zustimmung

¹ Der Autor dankt Insa Deimann für hilfreiche Kommentare.

des Parlaments wäre Südkorea das erste Land, das seine „grüne“ Entwicklungsstrategie gesetzlich verankert.

3. Initiativen und Auswirkungen von „Green Growth“

Das proklamierte neue Wachstumsmodell hat viel Bewegung in die administrative Struktur des Landes gebracht. Es sind mehrere Gremien mit Vertretern aus Regierung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingerichtet worden. Zentraler Knotenpunkt ist das „Presidential Committee on Green Growth“, das für die Planung und Umsetzung der neuen Politik verantwortlich ist (PCGG 2009). Darüber hinaus hat jedes Ministerium einen so genannten „Chief Green Officer“, der auf Generaldirektor-Ebene die zentrale Koordination des jeweiligen Ministeriums mit dem „Presidential Committee on Green Growth“ übernimmt. Es ist geplant, diese Posten in jeder öffentlichen Einrichtung einzuführen.

Die Strategie des „grünen“ Wachstums hat neben den umwelt- und wirtschaftspolitischen Impulsen auch Auswirkungen auf andere Politikbereiche. Es scheint, dass mit dem ganzheitlichen Anspruch des neuen Modells der Ausgangspunkt für einen umfassenden Politikrahmen gelegt ist, der jenseits institutioneller, administrativer oder ministerieller Grenzen agiert. In der Forschungs- und Bildungspolitik sowie in der Wissenschafts- und Technologiepolitik könnten so Innovationsprozesse unterstützt und mit anderen Bereichen wie Energie, Kultur und Dienstleistungen verknüpft werden. Die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), die einen solchen Politikansatz als dritte Generation von Innovationspolitik bezeichnet, hat bereits im Jahr 2005 ihre Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, eine harmonische und kohärente Politikformulierung umzusetzen (vgl. OECD 2005). Mit der Vision einer umweltverträglicheren Entwicklung sollen verstärkt Staatsgelder auch in die Forschung und Entwicklung (F&E) von „grünen“ Technologien wie Solarzellen, LED-Licht und Brennstoffzellen fließen. In Zusammenhang mit dem aktuellen Wissenschafts- und Technologieförderungsplan der Regierung soll der Anteil der gesamten F&E-Ausgaben am BIP bis zum Jahr 2012 auf rekordverdächtige 5 Prozent steigen (MEST 2008).

Allerdings scheint es zu früh, ein abschließendes Urteil über die Auswirkungen des „grünen“ Wachstumsplans auf die Innovationspolitik zu fällen. Ob man wie Kim (2009) von einem „grünen“ nationalen Innovationssystem (NIS) sprechen kann, ist fraglich, zumal das koreanische NIS, deutlich sichtbar durch eine Zentralisierung und Zusammenlegung von Kompetenzen im nationalen Wissenschafts- und Technologierat (NSTC) und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie (MEST), bereits im Jahr 2008 restrukturiert wurde. Zudem ist zweifelhaft, ob mit einem rein quantitativen Input auch der qualitative Output erhöht werden kann (siehe auch Conlé/Shim 2009).

Die Bemühungen der koreanischen Regierung um ihre Wachstumsinitiative beschränken sich nicht nur auf die nationale Ebene. Auch die Außenpolitik wird als Instrument verstanden, um ihr „grünes“ Modell als globales Vorbild anzupreisen. In einer Rede auf dem ostasiatischen Weltwirtschaftsforum im Juni dieses Jahres untermauerte Premierminister Han Seung-soo Südkoreas Führungsanspruch. Man hoffe, mit der „grünen“ Wachstumsstrategie nicht nur ein Beispiel für andere Länder zu geben, sondern beanspruche in diesem Bereich eine internationale Führungsrolle (Han 2009).

Auch einige Institutionen wie die UNEP (2009) oder das in Washington ansässige Korea Economic Institute (Scarlatoiu 2009) sprechen von einer „grünen“ Führerschaft Koreas. Seit der Ansprache von Präsident Lee am 60. Jahrestag der Gründung der Republik Korea wurden eine Reihe von außenpolitischen Initiativen unternommen, in der eine Führungsrolle Koreas in der internationalen „grünen“ Wachstums- und Wirtschaftspolitik beansprucht wird. So versprach Präsident Lee bei dem im letzten Jahr veranstalteten G-8-Gipfel in Japan die Treibhausgasemissionen freiwillig zu senken. Im August dieses Jahres wurden konkrete Ziele vorgestellt, welche Verringerungen um 21-30 Prozent bis zum Jahr 2020 vorsehen. Dieses Vorhaben ist insofern bemerkenswert, als Korea nicht an die Reduktionsziele der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen bzw. des Kyoto-Protokolls gebunden ist.

Zudem gründete die koreanische Regierung die sogenannte „East Asia Climate Partnership“ und das „East Asia Climate Forum“. Die regionale Klimainitiative ist ein 200 Mio. USD umfassendes Entwicklungshilfeprogramm für kleinere

Inselstaaten und Entwicklungsländer, die vom Klimawandel besonders betroffen sind. Das Klimaforum soll als regionale Dialogplattform fungieren und Austausch über „grünes“ Wachstum und nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Unter Vorsitz Koreas verabschiedete die OECD zudem eine Erklärung zum „grünen“ Wachstum bei ihrem Ministerratstreffen im Juni (*Korea Times*, 26.06.09).

In Korea sind außerdem eine Reihe von umweltbezogenen internationalen Veranstaltungen geplant bzw. abgehalten worden. So wird Seoul in Zusammenarbeit mit der UNEP im April nächsten Jahres den Gipfel „Business for the Environment“ (B4E) und den „Champions of the Earth Award“ in Seoul ausrichten. Das B4E-Treffen ist die weltweit größte jährliche Zusammenkunft von Regierungs-, Wirtschafts-, Medien- und NGO-Vertretern zum Thema ‚privatwirtschaftliche Beiträge zu „grünen“ Ökonomiemodellen‘. Mit der Verleihung der „Earth Awards“ werden Persönlichkeiten geehrt, die sich beim Klimaschutz verdient gemacht haben. Im August richteten das koreanische Umweltministerium und die Vereinten Nationen eine Konferenz über „grüne“ Industriezweige in der Asien-Pazifik-Region aus.

Um das koreanische Konzept von der „grünen“ Entwicklung im Ausland auch als Exportmodell zu bewerben, veranstaltete das Kulturministerium im Juni einen Workshop und lud Journalisten renommierter Zeitungen sowie Wissenschaftler nach Seoul ein. An der Veranstaltung nahmen unter anderem Vertreter von der *New York Times*, *Le Figaro*, *Asahi Shimbun* und der *Rossiyskaya Gazeta* teil (*korea.net*, 17.06.09). Auch bei dem im Juni abgehaltenen Gipfel der Staats- und Regierungschefs des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und Südkorea bewarb Seoul sein Wachstumskonzept unter anderem mit einer Ausstellung zu „grünen“ Technologien. Hochrangige Vertreter der UNEP wie die stellvertretende UNEP-Direktorin Angela Cropper wurden ebenfalls eingeladen, um die Thematik auf die Gipfelagenda zu bringen. Vor allem durch die „East Asia Climate Partnership“ soll in diesem Bereich regionale Kooperation und Hilfe gewährleistet werden. In dem gemeinsamen Abschlussdokument wurde Seouls „grünes“ Wachstum aufgenommen und andere klimapolitische Initiativen begrüßt (ASEAN 2009: Paragraph 36; 37). Auf der diesjährigen Industriemesse in Hannover präsentierte Südkorea als Partnerland seine Vision ei-

ner umweltverträglichen Wirtschaftsentwicklung. Mit verschiedenen europäischen Unternehmen wurden Verträge im Wert von 200 Mio. USD abgeschlossen, um im Bereich „grüne“ Technologien zu kooperieren (*Korea Herald*, 22.04.09). Am Rande der Messe vereinbarten Premierminister Han Seung-soo und Bundeskanzlerin Angela Merkel eine verstärkte Zusammenarbeit in der Entwicklung „grüner“ Technologien. So unterzeichneten das Forschungszentrum Jülich und das „Korea Institute of Energy Research“ eine Absichtserklärung über die gemeinsame Entwicklung von Brennstofftechnologien und erneuerbaren Energien. Auch bei seinen Staatsbesuchen in Australien, Neuseeland und Indonesien im März dieses Jahres warb Präsident Lee für seine Vorstellung einer klimafreundlichen Entwicklung, wobei die koreanische Zeitung *The Korea Herald* diese Form von Außenpolitik bereits als „grüne Diplomatie“ bezeichnete (*Korea Herald*, 05.03.09).

4. Kritik

Angesichts der beschriebenen Entwicklungen scheint es angemessen, von einer proaktiven Politik der koreanischen Regierung im Bereich der klimaverträglichen Wirtschaftsentwicklung zu sprechen. Zudem sind die umweltpolitischen Ziele Seouls wie die freiwillige Senkung der nationalen Treibhausgasemissionen oder die Einrichtung eines regionalen Fonds für die Förderung von umweltgerechtem Wachstum („East Asia Climate Partnership“) aner kennenswert. Allerdings wirft die als neu bezeichnete „grüne“ Politik Fragen auf. Zum Beispiel bleibt offen, wie „grün“ die „grüne“ Wachstumspolitik Koreas tatsächlich ist. Denn wirft man einen genaueren Blick auf die Vorhaben der koreanischen Regierung, stellt sich heraus, dass die vermeintliche „Vergrünung“ des koreanischen Entwicklungsmodells durchaus zweischneidig ist.

Zunächst handelt es sich bei dem „grünen“ Wachstum nicht um ein fundamental neues Konzept der derzeitigen Regierung. Vielmehr geht die Grundidee auf eine Initiative der Vorgängerregierung zurück. Bereits im Jahr 2005, unter dem damaligen Präsidenten Roh Moo-hyun, hat das koreanische Umweltministerium bei einer Ministerkonferenz zu Umwelt und Entwicklung in Asien und dem Pazifik jene „grüne“ Wachstumsstrategie vorgestellt (MCED 2005). Diese

Vorlage wurde von den Konferenzteilnehmern und kurze Zeit später auch von der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik der Vereinten Nationen (UNESCAP) als „Seoul Initiative Network on Green Growth“ (SINGG) angenommen. Seitdem trifft sich die SINGG jährlich, wie zuletzt im August in Seoul, um sich zu den Themen „umweltgerechte Entwicklung“ und „Wachstum“ auszutauschen. Die Idee von „Green Growth“ erscheint also nicht wirklich neu.

Wie bereits erwähnt, versprach die koreanische Regierung im August, ihre Treibhausgasemissionen freiwillig bis zum Jahr 2020 um 21-30 Prozent zu senken. Die Verringerungen beziehen sich dabei auf Modellberechnungen unter der Annahme gleichbleibender Emissionszuwächse und wirtschaftlicher Entwicklung bis 2020. Nach diesem so genannten „Business as Usual“-Modell würden beispielsweise in einem Szenario zwar 21 Prozent an Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 eingespart werden. Im Vergleich zu 2005 würde dies jedoch eine Steigerung um acht Prozent bedeuten. Im optimistischsten Fall würden lediglich vier Prozent im Vergleich zum Jahr 2005 eingespart. Südkorea gehörte in 2005 zu den 20 größten Treibhausgasemittenten weltweit. Zum Vergleich: Deutschland verfolgt ein noch ehrgeizigeres Reduktionsziel. Berlin hat sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls zu einer Verringerung von Treibhausgasemissionen um 21 Prozent, unter Bezug auf das Referenzjahr 1990, bis zum Jahr 2012 verpflichtet.

Unabhängig von den spezifischen Reduktionszielen, die je nach Modell variieren, soll eine Senkung von Treibhausgasausstößen unter anderem mit der Förderung von erneuerbaren Energien erreicht werden. Auch hier lohnt jedoch ein genauerer Blick. Gerne wirbt die Regierung in Seoul für ihr „grünes“ Wachstum mit dem Hinweis, den Anteil von regenerativen Energieträgern an der gesamten Stromerzeugung zu erhöhen. So soll der Anteil von aus Wind, Geothermie und Solarzelle gewonnenem Strom bis zum Jahr 2020 mehr als verdoppelt werden. Aber bei einem ohnehin niedrigen Ökostromanteil von 2,7 Prozent im Jahr 2009 entspräche die anvisierte Verdoppelung auf 6 Prozent bis zum Jahr 2020 einer weiterhin geringen Quote. Zum Vergleich: Die Europäische Union und China wollen den Anteil von regenerativen Energien bis 2020 auf jeweils 20 Prozent der gesamten Stromerzeugung erhöhen. Auch die UNEP schlussfolgert in ih-

rem sonst lobenden Bericht zu Koreas „grüner“ Wachstumsstrategie, dass die Pläne zur regenerativen Energie nicht besonders ehrgeizig seien (UNEP2009:27). Ebenso werden von offizieller Seite regenerative Energiequellen als wenig Erfolg versprechend eingestuft. So räumte der koreanische Wirtschaftsminister Lee Yoon-ho alternativen Energien eher geringe Chancen ein, sich als praktikable Energieträger durchzusetzen und führte die Kosteneffizienz dieser Technologien an. Für die Kommerzialisierung von erneuerbaren Energien bedürfe es, laut Lee, staatlicher Subventionen, die nur zu einem Haushaltsloch führen würden, ohne entsprechende Vorteile zu generieren. Daher sollen die Ziele der „grünen“ Wachstumspolitik wie die geplante Treibhausgassenkung durch eine „Renaissance der Nuklearenergie“ erreicht werden, so der Wirtschaftsminister (*Korea Times*, 03.07.09).

Nach dem langfristigen Energiestrategieplan der Regierung soll durch den Bau von zehn zusätzlichen Kernkraftwerken der Atomanteil an der gesamten Energieerzeugung bis zum Jahr 2030 von derzeit 36 Prozent auf knapp 60 Prozent gesteigert werden (MKE 2008; *Korea Times*, 28.08.08). Zu diesem Zweck ist mit dem Bau mehrerer Anlagen bereits begonnen worden. Auch wenn erneuerbare Energieträger ebenfalls gefördert werden sollen, entpuppt sich die Atomenergie als zentraler Pfeiler, um die umweltpolitischen Ziele des „grünen“ Wachstumskonzepts zu realisieren.

Dass mit Nuklearenergie nicht nur vermeintlich kostengünstiger Strom produziert und CO₂-Emissionen im Vergleich zu anderen Formen der Energieerzeugung verringert werden können, weiß man allerdings auch in Südkorea. Ende letzten bzw. Anfang dieses Jahres ereigneten sich Störfälle in zwei Atomkraftwerken des Landes, die zur Abschaltung der Anlagen führten. So musste das älteste Kernkraftwerk des Landes „Gori“ seinen Betrieb wegen technischer Störungen im Januar dieses Jahres zum zweiten Mal für mehrere Tage unterbrechen. Die in Busan liegende Anlage war bereits im Dezember 2008 wegen eines falschen Alarms für zwei Tage abgeschaltet worden. Schon Ende 2007 beschloss das Wissenschaftsministerium als Eigentümer, die Laufzeit von „Gori“ um weitere zehn Jahre zu verlängern. Das Kernkraftwerk sollte ursprünglich im Jahr 2007 nach einer Betriebszeit von 30 Jahren stillgelegt werden. Ein ähnlicher Zwischenfall ereignete sich ebenfalls im Januar bei einem

Atommeiler in Gyeongju, bei dem ein Reaktor wegen Problemen bei der Energieversorgung für zwei Tage abgeschaltet werden musste (*Korea Times*, 29.01.09).

Auch wenn bei diesen Vorfällen keine Radioaktivität freigesetzt wurde und koreanische Kernanlagen nach einem Bericht der Internationalen Energie-Agentur (IEA 2006) als sicher gelten, sind Fragen der Betriebssicherheit, Endlagerung und öffentlichen Akzeptanz offen. Zum Beispiel kritisieren zivilgesellschaftliche Gruppen wie die „Korean Federation of Environmental Movements“ die Verschwiegenheit und Intransparenz der Regierung bei der Auswahl von Atommülllagern oder der Entscheidung, die Laufzeiten von Anlagen zu verlängern. Zudem ist zwar mit der Entscheidung über den Bau einer Lagerungsstätte für schwach bis mittel strahlenden Atommüll Ende 2007 eine 20 Jahre andauernde Suche zu Ende gegangen, eine Debatte über ein Endlager für hoch radioaktiven Müll ist jedoch bis heute nicht angeregt worden. Dabei drängt die Zeit, denn nach Angaben des staatlichen Betreibers für Atomanlagen, Korea Hydro and Nuclear Power, reichen die derzeitigen Speicherkapazitäten für nuklearen Abfall bis zum Jahr 2016. Im Juni 2007 waren diese zu etwa 75 Prozent gefüllt (*Korea Times*, 02.12.07).

Die energiepolitische Ausrichtung auf Nuklearenergie könnte auch Auswirkungen auf die koreanische Außenpolitik haben. Denn eine Möglichkeit, den Atommüllbestand zu reduzieren, wäre die Wiederaufbereitung von bereits abgebrannten Brennstäben. Die Wiederaufbereitung von atomarem Material ist jedoch gerade vor dem Hintergrund nordkoreanischer Nuklearambitionen politisch heikel. Angereichertes Uran kann sowohl zur Stromgewinnung als auch für den Bau von Atomwaffen verwendet werden. In einer im Jahr 1974 getroffenen Vereinbarung zur nuklearen Kooperation mit den USA erklärte sich die damalige Regierung in Seoul bereit, auf Wiederaufbereitungskapazitäten zu verzichten. Angesichts der erwarteten Erschöpfung der Atommülllager bis zum Jahr 2016, möchte die koreanische Regierung nun den bis zum Jahr 2014 laufenden Vertrag anpassen. Allerdings hat Washington keine Gesprächsbereitschaft in dieser Sache signalisiert, sodass Seoul weitere Überzeugungsarbeit bevorsteht.

Vor dem Hintergrund der starken Abhängigkeit von Energieimporten (etwa 97 Prozent des natio-

nalenergiebedarfs werden eingeführt) soll das „grüne“ Wachstum nicht nur Arbeitsplätze schaffen und die Umwelt schonen, es bekommt auch eine strategische Komponente, da es eine generelle Eigenständigkeit zumindest bis zu einem bestimmten Grad gewährleisten soll. Allerdings bleibt abzuwarten, wie bestimmte Ziele des „grünen“ Wachstums mit außenpolitischen Vorhaben Südkoreas wie der sogenannten „Ressourcendiplomatie“ vereint werden können. Mit der „Ressourcendiplomatie“ versucht die koreanische Regierung, ihre Energieversorgung dadurch auszuweiten, dass Lieferanten aus Zentralasien, Mittel- und Südamerika sowie Afrika gewonnen werden. Zurzeit stammen über 80 Prozent der nationalen Öleinfuhren aus der Golfregion. Während man also auf der einen Seite mit der „grünen“ Wachstumsstrategie und dem damit beinhalteten massiven Ausbau der Kernenergie die Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen zu vermindern sucht, führt die „Ressourcendiplomatie“ zwar andererseits zu einer diversifizierten Energieversorgung, trägt jedoch wenig zur Verringerung der Abhängigkeit ausländischer Energielieferanten bei.

5. Zusammenfassung

Seit der Ankündigung der koreanischen Regierung, die nationale Entwicklung entlang der Ziele des neuen „grünen“ Wachstumsprogramms auszurichten, sind eine Reihe von Maßnahmen und Initiativen unternommen worden. Nach Angaben der UNEP und der OECD hat weltweit keine Regierung einen größeren Teil ihrer Wirtschaftshilfen für umweltbezogene Konjunkturprogramme aufgewendet als Südkorea. Dabei sollte „Green Growth“ nicht nur als eine innenpolitische Initiative verstanden werden. Es unterstreicht den Anspruch Koreas, auch bei globalen Fragen wie Klimaschutz, Energiesicherheit und Wirtschaftsentwicklung eine bedeutendere Rolle zu spielen (vgl. Shim 2009).

Die proklamierte „Vergrünung“ der koreanischen Politik hat jedoch ihre Schattenseiten. Die energiepolitische Entscheidung, die Nuklearenergie als Rückgrat für das „grüne“ Wachstumsmodell auszuwählen, provoziert Fragen (Endlagerung von radioaktivem Müll), die noch kein Land der Welt hinreichend beantwortet hat. Außerdem investiert Korea im internatio-

nenalen Vergleich in eher bescheidenem Ausmaß in regenerative Energien. Bei Gesprächen mit koreanischen Wissenschaftlern führender Forschungseinrichtungen wie dem „Science and Technology Policy Institute“ (STEPI) im August dieses Jahres wurde deutlich, dass es sich bei den vorgesehenen Projekten und Programmen eher um eine Politik mit grünem Anstrich handelt. Kritisiert wird daher auch die übermäßige Fokussierung des „Green New Deals“ auf Bau- bzw. Infrastrukturprojekte wie die Renaturierung von Flüssen oder den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsschiennetzen, die entweder nur vorübergehend Arbeitsplätze für Geringqualifizierte schufen oder gar die Umwelt schädigten (*Korea Times*, 04.05.09).

Die Regierung um Lee Myung-bak ist seit etwa zwei Jahren im Amt. Weil nach der Verfassung in Südkorea für den Präsidenten nur eine Amtszeit vorgesehen ist, bleiben ihm noch drei Jahre. Angesichts der eher geringen Halbwertszeit langfristiger Planungen in der koreanischen Politik (z.B. „Vision 2030“) bleibt abzuwarten, inwieweit „Green Growth“ auch die zentrale Strategie der nächsten Regierung wird.

Literatur

- ASEAN (2009), *Joint Statement of the ASEAN-Republic of Korea Commemorative Summit*, Jeju Island, Republic of Korea, 2. Juni.
- Conlé, Marcus und David Shim (2009), *Globale Trends in der Innovationspolitik: Best Practices für alle?*, GIGA Focus Global, 1, online <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.
- Government of the Republic of Korea (2009), *Green Growth, Green Korea*, Seoul.
- Han Seung-soo (2009), *Opening Remarks for the Plenary Session on „Setting Asia’s Green Growth Agenda“ of the East Asia World Economic Forum*, Prime Minister of the Republic of Korea, Seoul, 19. Juni.
- International Energy Agency (2006), *Energy Policies of IEA Countries: The Republic of Korea Review 2006*, Paris.
- Kim, Suk-joon (2009), *Green Growth Policy in Korea*, Science and Technology Policy Institute, Seoul.
- MCED (Ministerial Conference on Environment and Development in Asia and the Pacific) (2005), *Report for the Ministerial Conference on Environment and Development in Asia and the Pacific*, 28.-29. März, Seoul.
- MEST (Ministry of Education, Science and Technology) (2008), *Science and Technology Basic Plan of the Lee Myung-bak Administration*, 2. Dezember, Seoul.
- MKE (Ministry of Knowledge Economy) (2008), *National Basic Energy Plan, Korea 2008-2030*, Seoul.
- OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (2005), *Governance of Innovation System, Bd. 1: Synthesis Report*, Paris.
- PCGG (Presidential Committee on Green Growth) (2009), *Green Growth A New Path for Korea*, Seoul.
- Scarlatoiu, Greg (2009), *Korea’s Green Leadership*, in: *Insight*, April, Korea Economic Institute, Washington.
- Shim, David (2009), *A Shrimp amongst Whales? Assessing South Korea’s Regional-power Status*, GIGA Working Papers, 107, August, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.
- UNEP (United Nations Environment Programme) (2009), *Overview of the Republic of Korea’s Green Growth National Vision*, August, Seoul.

■ Der Autor

David Shim, M.A., ist Doktorand und Forschungsassistent am GIGA Institut für Asien-Studien.
E-Mail: <shim@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/shim>>

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Conlé, Marcus und David Shim (2009), *Globale Trends in der Innovationspolitik: Best Practice für alle?*, GIGA Focus Global, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Fritz Carrapatoso, Astrid (2009), *Die WTO und der globale Umweltschutz – ein Beitrag zum Green New Deal?*, GIGA Focus Global, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Peters, Mascha und David Shim (2008), *Konservativer Wahlsieg: Hintergründe und mögliche Auswirkungen der Präsidentschaftswahl in Südkorea*, GIGA Focus Asien, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Schüller, Margot und David Shim (2008), Korea: Innovation System and Innovation Policy, in: Fraunhofer ISI, GIGA, STIP (Hrsg.), *New Challenges of Germany in the Innovation Competition*, Karlsruhe/Hamburg/Atlanta, 243-288.

Shim, David (2009), *A Shrimp amongst Whales? Assessing South Korea's Regional-power Status*, GIGA Working Paper, 107, August, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA Focus Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Andreas Ufen; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Kerstin Labusga
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM